

# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European  
Confederation of Police (EuroCOP)

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

## Landesbezirksvorstand

Gudastraße 5-7 · 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07 · 40605 Düsseldorf  
Telefon: 02 11/2 91 01-0 · Durchwahl: 36  
Telefax: 02 11/2 91 01-46/48  
Email: marion.schmitz@gdp-nrw.de  
Internet: www.gdp-nrw.de

Konten:  
SEB AG  
Nr. 1 406 788 000 (BLZ 300 101 11)  
Postgiro Köln  
Nr. 1 99 56-506 (BLZ 370 100 50)

Gewerkschaft der Polizei · LB NW · Postfach 12 05 07 · 40605 Düsseldorf

An  
alle Abgeordneten  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen  
G/R-MSch

Datum  
12. Oktober 2006

## Landeshaushalt 2007

hier: Einzelplan 03 – Kapitel 03 110 -  
Polizeibehörden und -einrichtungen

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

wie zu den Haushaltsentwürfen der Vorjahre hat die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW, ihre Forderungen zum Entwurf des Landeshaushalts 2007, Einzelplan 03, Kapitel 03 110, Polizeibehörden und –einrichtungen des Landes NRW, in dem als Anlage beigefügten Positionspapier aufgestellt.

Dem Papier ist zu entnehmen, dass die Forderungen nach Übernahme des Tarifabschlusses auch für Beamtinnen und Beamte, die Fortsetzung der Strukturverbesserungen zur Vollendung der zweigeteilten Laufbahn sowie die Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen auf mindestens 1.000 zu unseren Kernforderungen zählen.

Die Gewerkschaft der Polizei ist sich bewusst, dass die Landesregierung eine schwierige Finanzsituation zu bewältigen hat. Gleichwohl vertreten wir die Ansicht, dass auch die Beamtinnen und Beamten fair am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden müssen. Deshalb steht das Land NRW in der Pflicht, die mit der Tarifgemeinschaft der Länder vereinbarten Einkommensverbesserungen auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Ansonsten würde einem ungerechten Zweiklassensystem Vorschub geleistet.

Eine weitere Abkopplung der Beamtenschaft von der übrigen Einkommensentwicklung ist auch nicht hinnehmbar, weil es nicht zu den Aufgaben der Beschäftigten des Landes NRW gehört, durch Gehaltsverzicht für einen verfassungsgemäßen Haushalt 2007 zu sorgen. Im Übrigen darf die Schaffung eines verfassungsgemäßen Landeshaushalts

nicht zu Lasten einer anderen verfassungsgemäßen Staatsaufgabe gehen, nämlich der Alimentation seiner Beschäftigten.

Wir wenden uns daher in der Erwartung an Sie, dass unsere Vorstellungen zum Haushalt 2007 von Ihnen unterstützt werden.

Für Gespräche über unsere Haushaltsforderungen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Richter  
- Landesvorsitzender -

Anlage